Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2019295/1

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 19.12.2019 TOP: 2.20
Amt: Ratsbüro	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2019295/1
	Az.:	erstellt am: 05.12.2019

Betreff

**Abberufung und Benennung des Stellvertreters des Vertreters der Stadt
in die Verbandsversammlung des Abwasserverbands Köthen**

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	19.12.2019: Stadtrat	19.12.2019	abgelehnt
2	02.07.2020: Stadtrat	02.07.2020	laut BV

Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Bernd Hauschild		11.12.2019

Beschlussentwurf

Der Stadtrat beschließt

1. die Abberufung des bisherigen Stellvertreters Stefan Krischok
2. die Entsendung von Werner Müller als Stellvertreter des Vertreters

in die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Köthen.

Gesetzliche Grundlagen:

§ 11 GKG-LSA

§ 47 (1) KVG LSA

§ 5 Abs. 4 der Satzung des Abwasserverbandes

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Mit Schreiben vom 06.11.2019 teilte die AfD-Fraktion mit, dass sie den Stellvertreter für die Verbandsversammlung im Abwasserverband Köthen, Herrn Stefan Krischok, (Beschluss-Nr. 19/StR/01/006) abberuft und dafür Herrn Werner Müller von der IG Bürger für Köthen (Anhalt) & Umgebung entsenden möchte.

Update:

Mit E-Mail vom 02.04.2020 teilte die Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Anhalt-Bitterfeld Folgendes mit:

"Das Landesverwaltungsamt hat auf die Anfrage der Kommunalaufsicht, ob die abgestimmte Rechtsauffassung zur Entsendung der Vertreter weiterhin aufrecht erhalten bleibt - demnach § 47 Abs. 3 KVG LSA maßgeblich für die Besetzung der Vertretung ist - mitgeteilt, dass an der Rechtsauffassung nicht festgehalten wird.

Im Kontext der Kleinen Anfrage KA 7/3527 - Entsendungsregelung in kommunalen Zweckverbänden - sei für die Entsendung § 11 Abs. 2 GKG-LSA maßgeblich. Unter Beachtung der Wählbarkeitsbeschränkungen gem. § 11 Abs. 2 Satz 4 GKG-LSA, ist die Auswahl des Vertreters der Vertretung selbst überlassen.

Es können auch Personen, die nicht Mitglied der Vertretung sind, entsandt werden. Darüber hinaus wird das Benennungsrecht der Fraktion nur durch die Unvereinbarkeitsregelung des § 11 Abs. 2 Satz 4 GKG-LSA beschränkt. Insofern sind die Fraktionen frei in ihrem Benennungsrecht. Es können demnach Personen benannt werden, die nicht der eigenen Fraktion angehören.

Dieser Rechtsauffassung schließe ich mich an. Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung."

Bitte bestätigen Sie in diesem Sinne den Beschlussvorschlag.